

Halle und Umgebung.

Halle, den 22. Juni 1920.

Aus dem Stadtparlament.

Stundenlang fließen im trüben Fluß die Reden hin. Das Defizit unserer Straßenbahn muß immer neue Redner auf den Plan. Eine Fülle von Vorschlägen taucht auf, zum Teil solche, die schon auf den ersten Blick als verfehlt erkannt werden müssen. Auch Wortwille hagelt, daß unsere Verwaltung nicht auf der Höhe wäre; sie machen letzten Endes einzelne Redner verantwortlich für die Fehlbeträge. Wenn der erste Direktor auf Tantieme angewiesen wäre, wie ein bei einer Aktiengesellschaft angestellter Leiter, dann würde die Sache wohl einen anderen Schmung haben. Als ob nicht in allen Städten in Deutschland, ganz gleichgültig, ob die Bahnen von der Stadt oder von Privatgesellschaften betrieben werden, die gleiche Misere, noch viel schlimmer, die gleiche Not, zu finden wäre. Privatgesellschaften, die das wirtschaftliche Know-how an ihrer Spitze haben, können die Zeitverhältnisse besser zu meistern wie unsere Verwaltung. Auch sie arbeiten trotz aller Tarifhöhnungen und ausgeklügelten Tarifsysteme mit Höchstdefizit und legen die Betriebe zum Teil still. Geradezu erschreckend wirkt es, in den ermüdenden Debatten, als Herr Stv. Minister mit einem guten Witz der Sache beikam: „Die Straßenbahnler sind selbst thöft, daß die Einnahmen nicht befriedigen. Sie haben dadurch, daß sie bei allen möglichen und unmöglichen Anlässen, bei feierlichen und unfeierlichen Gelegenheiten, die Bahnen einfach still legen, das Publikum so sehr aus Raufen gewöhnt, daß viele Leute gar nicht mehr fahren.“ Man laßt, ohne den Grund, der in dieser Feststellung liegt, zu verkennen; die Unabhängigen aber machten eine laute Miene. Vollends unangenehm berührt zeigten sich die Unabhängigen aber, als Herr Stv. Breitschneider, der damit einen Schuß ins Schwarze abgab, den Vorschlag machte, man möge doch die ganze Bahn sozialisieren. Die stinkenden Elemente wollen doch sonst immer alles sozialisieren. Da möge man den Arbeitern und Angestellten einfach die Bahn zur Eigenverfügung überlassen. Das pökte den Herren von links, so sehr sie im übrigen die Sozialisierung im Munde führen, gar nicht. Einzelne riefen sogar: Quatsch! Aber angenommen wurde der Antrag doch, den Vorschlag des Herrn Breitschneider dem Sozialisierungsausschuß zu überweisen. Und dann entbrannte von neuem die Redeblut, als der Untersuchungsausschuß, der zur Prüfung des Verhältnisses des Oberbürgermeisters Rabe und anderer Beamten beim Kauf von Rauschmitteln und anderer Beamten beim Kauf von Rauschmitteln, seinen Bericht erstattete. Die Verhandlungen wurden lebhaft, äußerst lebhaft. Zwischenrufe flogen hin und her. Herr Stv. Hildebrandt hielt eine seiner politischen Brandreden, aber Herr Osterburg mußte ihn doch noch durch Ungehörigkeit zu übertrumpfen. Er trommelte wild auf den Tisch, als ein bürgerlicher Redner die Rückkehr des Herrn Oberbürgermeisters Rabe forderte, und rief unter erregten lauten Krachschlügen: „Er muß raus, raus muß er!“ Unseres Erachtens ist doch in der richtigen Darstellung der Angelegenheit Herr Stv. Herzfeld den Vogel ab. Aber unsere Leser mögen selbst urteilen. Hier der ausführliche Bericht:

Der Fall Rabe.

Namens des Untersuchungsausschusses erstattete Stv. Borscher (Unabh.) Bericht: Oberbürgermeister Rabe hat eine klare, unzulässige Haltung in den Kaputttagen abgelehnt, obwohl Stadtrat Abrecht ihn ersuchte, sich bestimmt über seine Haltung zu äußern. Das Plakat, das der Magistrat an die Säulen schlagen ließ, enthielt die Werbung: der Magistrat wolle unparteiisch die Geschäfte weiterführen. Eine solche Stellung darf es aber nicht geben in einem Kampf, bei dem es um die Verfassung geht. Die Polizeibeamten haben sich dem Garnisonkommando zur Verfügung gestellt und gehalten, ungeschehliche Maßnahmen durchzuführen. Sie waren mit tätigen, mitleidigen Parteiführer, darunter zwei Abgeordnete, unter Verletzung der Immunität zu verhalten. Dr. Rabe als Chef der Polizei hat das nicht gerügt. Kommisar Richter hat sich im Garnisonkommando Haftbefehle ausgeschrieben. Die Polizei hat ihr Material dem mit Kaputt verbundenen Garnisonkommando zur Verfügung gestellt. Als die Sache bedenklich wurde, sind auf der Polizei drei Räder voll Ästen verbrannt worden. Die Kriminalbeamten haben selbst die Ähre zur Heizung getragen, während sie sonst das Lesen der Papierkörbe dem Hausmann überließen. Die Verteilung von Ästen ist das schlimmste Verbrechen, das ein Beamter im Dienst begehen kann. Dr. Rabe hat die Kommission noch schwer beleidigt, indem er sie öffentlich auf dem Provinziallandtag in Merseburg einen „Denunziationsausschuß“ nannte. Ein solches Verhalten ist empörend. In dem Ausschluß saßen übrigens alle Parteien. Der Redner verließ dann die im Morgenblatt mitgeteilte Entschuldig, worin der Ausschluß die Einleitung des Disziplinarverfahrens verlangt. Als Gegenrevertent berichtet Stv. Minister (Deutschdem.): Wir haben ohne jede Tendenz nur das Recht predigen lassen. Die Haltung des Magistrats in jenen kritischen Tagen ist unklar gewesen. Der Magistrat hat ihr Material dem mit Kaputt verbundenen Garnisonkommando zur Verfügung gestellt. Als die Sache bedenklich wurde, sind auf der Polizei drei Räder voll Ästen verbrannt worden. Die Kriminalbeamten haben selbst die Ähre zur Heizung getragen, während sie sonst das Lesen der Papierkörbe dem Hausmann überließen. Die Verteilung von Ästen ist das schlimmste Verbrechen, das ein Beamter im Dienst begehen kann. Dr. Rabe hat die Kommission noch schwer beleidigt, indem er sie öffentlich auf dem Provinziallandtag in Merseburg einen „Denunziationsausschuß“ nannte. Ein solches Verhalten ist empörend. In dem Ausschluß saßen übrigens alle Parteien. Der Redner verließ dann die im Morgenblatt mitgeteilte Entschuldig, worin der Ausschluß die Einleitung des Disziplinarverfahrens verlangt.

Als Gegenrevertent berichtet Stv. Minister (Deutschdem.): Wir haben ohne jede Tendenz nur das Recht predigen lassen. Die Haltung des Magistrats in jenen kritischen Tagen ist unklar gewesen. Der Magistrat hat ihr Material dem mit Kaputt verbundenen Garnisonkommando zur Verfügung gestellt. Als die Sache bedenklich wurde, sind auf der Polizei drei Räder voll Ästen verbrannt worden. Die Kriminalbeamten haben selbst die Ähre zur Heizung getragen, während sie sonst das Lesen der Papierkörbe dem Hausmann überließen. Die Verteilung von Ästen ist das schlimmste Verbrechen, das ein Beamter im Dienst begehen kann. Dr. Rabe hat die Kommission noch schwer beleidigt, indem er sie öffentlich auf dem Provinziallandtag in Merseburg einen „Denunziationsausschuß“ nannte. Ein solches Verhalten ist empörend. In dem Ausschluß saßen übrigens alle Parteien. Der Redner verließ dann die im Morgenblatt mitgeteilte Entschuldig, worin der Ausschluß die Einleitung des Disziplinarverfahrens verlangt.

gung geleht. Nicht der Oberbürgermeister hat es abgelehnt, in einen Tagen eine Erklärung abzugeben, sondern der Magistrat an sich. Wir haben geglaubt, wir dürften unsere Forderung nicht in die politischen Verhandlungen stecken. In Dresden hat sich der demokratische Oberbürgermeister in einem öffentlichen Anschlag auf denselben Standpunkt gestellt. Das Plakat, das ich in Vertretung des Oberbürgermeisters verfaßt, war durch die Ereignisse, die sich überzogen, schon überflüssig, als es der Bürgerpolitik zugänglich wurde. Die Polizei unterstand damals auf Grund des Belagerungszustandes dem Militär. Der Oberbürgermeister erfuhr von den Verhandlungen jener Parteiführer erst am anderen Tage. Und da hat dann der Magistrat die Freilassung verlangt. Der Magistrat hat es übrigens nicht abgelehnt, die als Zeugen nötigen Beamten von der Kommission vernemen zu lassen, sondern ich habe gesagt: Was ist das? Die Leute vor dem ordentlichen Disziplinargericht vernemen.

Stv. Hildebrandt (Unabh.): Die Polizeibeamten brauchen sich dem Befehl des Garnisonkommandos nicht zu fügen. Wir Beamten haben das auch nicht getan. Die Kopprobierung bedrohte jeden, der treibt, mit Todesstrafe, dennoch haben wir getreut. Ich selbst bin unter allerley Gefahren nach Berlin gegangen und habe dort an der Organisation des Generalstreiks mitgewirkt. Wenn sich eine Parteiführung von links aufgerufen hätte, würde die Polizei wohl die Befehle nicht ausgeführt haben. Die Vernehmung der Beamten vor dem Untersuchungsausschuß wäre allerdings geeignet gewesen, die Leute in schwere Unlegenheiten zu bringen.

Bürgermeister Seidel: Wir hatten erst zwei Tage vor jenen Anrufen den Eid auf die Verfassung geleistet. Da konnte man uns nicht zumuten, wir sollen uns erklären, daß wir nicht mitleidig werden wollen.

Borscher (Unabh.): Das hätte der Magistrat ruhig erklären können. Er hätte damit eine klare Situation geschaffen und dazu beigetragen, jene folgenschweren Ereignisse zu verhindern, die nachher eintraten.

Stv. Hildebrandt (Unabh.): Es war eine Bedingung für Abbruch des Generalstreiks, daß Dr. Rabe und die von uns genannten Beamten können, Anger, Mische um ihrer Heimat ersucht werden müßten. Vertreter aller politischen Parteien, mit Ausnahme der Deutschen, hatten diese Bedingung formuliert. Nun müssen sich die politischen Parteien auch dafür einigeln, daß sie durchgeführt wird. Das Versprechen ist damals in den Volksversammlungen

Alles den Abstimmungsgebieten zugeordnete Geld gehört der Grenzspende. Zahlstellen sämtliche hallischen Banken und Bankiers.

an ca. 30.000 Menschen gegeben worden. Dadurch sollte Verhütung geschaffen werden. Nun muß die Zulage unter allen Umständen einigeln werden. Der Magistrat hat Gehalt und Verfassung mit Füßen getreten.

Bürgermeister Seidel: Die Behauptung, der Magistrat habe Gehalt und Verfassung mit Füßen getreten, ist offensichtlich falsch. Der Magistrat kann sich gegen diesen Vorwurf durch eine Verteidigungsklage wehren. (Zuruf des Stv. Hildebrandt: Ich sehe zur Verfassung. Rufen Sie nur noch dem Staatsanwalt!) Solange der Belagerungszustand bestand, hatte die Polizei dem Militär zu gehorchen. Das war der Polizei ausdrücklich noch kurz vorher, als noch die alte Regierung bestand, eingeschärft worden. Die Reden, die hier gehalten werden, sind ja in erster Linie dazu bestimmt, die Massen aufzuklären.

Stv. Osterburg (Unabh.): Das Material, das dem Disziplinargericht vorgelegen hat, hat noch nicht ausgereicht. Aber unser Material wird ausreichen. Wir müssen uns an den Oberpräsidenten wenden und ihm unser Material zur Verfügung stellen, damit ein richtiges Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Das jetzige Verfahren war nur eine Voruntersuchung.

Borscher (Unabh.): Das ist von Herrn Osterburg eine trübe Auffassung. Der Bezirksausschuß hat gesprochen, und damit ist die Sache erledigt.

Bürgermeister Seidel: Das Disziplinarverfahren ist ordnungsmäßig eingeleitet und ordnungsmäßig durchgeführt. Es hat eine Voruntersuchung stattgefunden, und dann hat der Bezirksausschuß seinen Spruch gefällt.

Stv. Steinbrück (Deutschdem.): Nur unbeeidene Behauptungen vermag der Herr Hildebrandt gegen die angeklagten Beamten vorzubringen. Nichts als löbliche Phrasen, die zwar auf die in Vorurteilen befangenen Leser des „Volksblattes“ wirken, aber auf uns, die wir kritischer sind, bestimmt nicht. Herr Hildebrandt redet von der Dunkelkammer des Disziplinargerichts, aber seine eigenen Gedanken offenbaren doch darin. (Zuruf: Nur einer!) Gewiß, nur ein Unabhängiger. Aber die anderen Parteien haben auch gegen einen Vertreter des Garnisonkommandos die Disziplin nicht mehr aufrecht erhalten. Auch Herr Hildebrandt und seine Freunde müssen den Spruch des Gerichtshofes anerkennen. Haben denn die Volksversammlungen ihr Versprechen zur Ruhe und Ordnung damals gehalten?

Die Stadt will ihr Oberhaupt wieder haben. (Stimmliche Zurufe: Nicht schon! Auf keinen Fall!) Ich stelle den Antrag, die Stadtratsbeschlüsse, die den Oberbürgermeister, seine Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen. (Zuruf: Bitte nicht auf den Tisch und auf den Tisch: Rabe muß raus! Und er schlägt wiederholt mit der Faust auf den Tisch, daß es durch den Saal hallt.)

Borscher (Unabh.): Herr Oberburg, schämen Sie sich über Ihr Verhalten. Ein solches auf den Tisch schlagen paßt vielleicht in die Kneipe. Ich bin bis heute Stadtratsbeschlüsse, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt.

Stv. Herzfeld (Deutschdem.): Wir lassen die der Verhandlung der Sache will zu sehr den Formalismus walten. Da die Sache vom Disziplinargericht, in einem ordentlichen

oder nicht ordentlichen Verfahren erledigt wird, ob bisher nur eine Voruntersuchung stattgefunden hat oder was sonst, das sind ja alles juristische Feinheiten. Tatsache ist: Das Disziplinarverfahren ist abgeschlossen. Es frant sich, ob noch gegen diesen Beschluß eine Beschwerde möglich ist, mer sie dann einlegt, ob die Stadtratsbeschlüsse oder eine Partei oder ein Einzelner, das ist ganz gleichgültig. Der Rechtsgrund bis in dem bleibt bestehen und kann nicht durchbrochen werden. Wir können also abwarten, aber wir können annehmen, das Verfahren ist abgeschlossen. Der Oberbürgermeister Rabe wird wieder aufnahm. Soll er mit annehmen, das Verfahren ist abgeschlossen und seine Amtsgeschäfte wieder aufnahm. Solange wir noch unsere Magistratsmitglieder nicht auf ein bestimmtes politisches Bekenntnis verpflichten, erscheint es mir ausgeschlossen, daß wir unteren Oberbürgermeister noch weiter passieren gehen lassen. Ich halte mich für verpflichtet, zu verlangen, daß er seine Arbeit wieder aufnimmt. Krant ist er doch nicht. Ich verlange das aus dem Gebot der Pflicht. Ich verneine nicht, daß wir bei unseren Arbeiten in den Ausschüssen, wenn sich Schwierigkeiten ergeben, oft den Einbruch haben: Wenn Dr. Rabe hier wäre, der würde mit einem Wort die Sache schlichten. (Zustimmung.) Darum mag er so schnell wie möglich seine Arbeit wieder aufnehmen. Ich verneine nicht, daß er die nächsten Tage sich viel zu sehr vom Formalismus hat lassen lassen. Der Magistrat sah, daß eine rote Armee gegen Halle marschierte und daß es einen Kampf mit der Getriebenen geben würde. Da mußte der Magistrat, weil vom Formalismus, alles tun, um solchen Kampf zu vermeiden. Aber es fand sich auch in seiner einzigen Partei ein solcher Mann, der imstande gewesen wäre, den Kampf zu verhindern. Auch die Unabhängigen hätten seinen berartigen Mann, so sehr ich das gewünscht hätte. In den Verhandlungen haben wir gesprochen, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Ich selbst habe in diesem Sinne und zu diesem Zweck im Volksrat geredet. Aber mein unabhängiger Partner, der den gleichen Auftrag hatte, hat sich ins Feuer geworfen. Er hat die Parteien: Der Parteigenosse Schmidt ist draußen und organisiert den Kampf. (Zuruf: Gebiete Jurie der Unabhängigen.) Meine Herren Unabhängigen, es mutet sonderbar an, wenn Sie sich hier als Vertreter der von der Verfassung zupflechten. Aus Ihren Reihen waren die Leute, die so töricht waren, die rote Armee gegen Halle marschierte zu lassen. Diejenigen, die nicht völlig politischen Weitsicht hatten, eine derartige Maßnahme richtig zu beurteilen, trifft die Hauptlast. Den Magistrat trifft viel geringere Schuld. Damals schenkte mir uns nach einem Manne, der die Macht und die Fähigkeit gehabt hätte, inmitten des Unvermögens und vor den Kämpfen zu bestehen. Wenn ein demokratischer Bürgermeister in Dresden das von Bürgermeister Seidel erwähnte Plakat hat anhängen lassen, so jetzt das nur, daß es auch wundenfalls schlappe Bürgermeister gegeben hat; für unseren Magistrat kann das keine Entschuldigung sein. In solchen Zeiten wie die Kaputtage heißt es offen Farbe bekennen. Da darf der Magistrat die Fägel nicht am Boden locken lassen, sondern er muß zeigen, daß er das Pferd zu reiten versteht. Wenn Oberbürgermeister Rabe damals öffentlich erklärt hätte: Wir bekämpfen den Angriff auf die Verfassung. Wir bekämpfen den Putsch, wir sind uns alle einig, auch einig dem Militär gegenüber, dann hätte er unserer Vaterstadt wahrhaftig

Was Parteiführer erheben

können. In solcher Situation von Unparteilichkeit und Abhängigkeit zu reden, ist das Bekenntnis der Schwäche. Aber zu einem Disziplinarverfahren reicht diese Unterlassung nicht aus. Stürzen kann man damit keinen. Mit absolut unpolitischen Beamten läßt sich in den heutigen Zeiten auf die Dauer nicht verfahren. Wenn Dr. Rabe sagt: Mein politisches Bekenntnis geht niemand etwas an, so geht das in der gegenwärtigen Zeit auf die Dauer nicht. Ueber solche Auffassung wird er dann von selbst hängen. Heute ist aber nicht der Tag dazu.

Bürgermeister Seidel: Schämlich ist seine Schwäche. Ein politischer Magistrat wäre das Ende der Schamhaft. Der Herr Oberbürgermeister muß in sein Amt zurückkommen. Ich habe seit dem März die dreifache Verantwortung auf mir. Den Etat, der eine ganze Kraft allein verlangt, muß ich nebenbei erledigen. Der Herr Stadtrat wurm geht in kurzer Zeit als erster Bürgermeister nach Wittenberg; da entfehlt wieder eine Rade. Ich muß auch einmal aufpassen; es geht nicht mehr.

Stv. Wolbrach (Wehrheitslos.): Oberbürgermeister Rabe hat den Stadtratsbeschlüssen nicht die Antwort gegeben, auf die sie Anspruch hatten. Sein Verhalten auf dem Provinziallandtag, wo er dem Denunziationsausschuß redete, ist unqualifizierbar. Mit einem solchen Manne können wir nicht mehr zusammen arbeiten (Zuruf des Stv. Herzfeld (Unabh.): Hoffentlich hat er sozial Moral im Sinne, daß er von selbst geht!)

Stv. Fingert (Deutschdem.): Oberbürgermeister Rabe und die anderen Beamten haben das Disziplinarverfahren gegen ihn beantragt gehabt, und es ist darauf eingeleitet. Ein Regierungsrat hat die Untersuchung geführt. Er hat alle Akten durchgesehen und Zeugen vernommen. Dann hat der Bezirksausschuß gesprochen und auf Einstellung des Disziplinarverfahrens erkannt. d. h. er hat begutachtet: Die gegen euch erhobenen Vorwürfe sind ungenügend. Ich habe in den Kaputttagen mit dem Oberbürgermeister gesprochen und gesagt: Wir beide stehen treu auf dem Boden der Verfassung. Wollen Sie, Herr Oberbürgermeister, nicht eine Kundgebung erlassen? Das hat der Herr Oberbürgermeister abgelehnt, weil er fürchtete, er könne dadurch das Leben von Menschen gefährden. Er hat da genau so gehandelt wie in den Tagen, wo Herr Steinbrück sagte. Ich bedauere, daß der Führer der Unabhängigen, Herr Steinbrück, durch Anständigkeit langem verhindert ist, an unseren Arbeiten teilzunehmen. Er hat vor mehr als einem Jahre die Bedeutung des Rades als Verwaltungsbearbeiter und kommunalpolitischer, seine großen Vorzüge in so glänzender Weise wie kaum ein anderer hier hervorgehoben. Dr. Rabe war stets eckig. Was er politisch ist, weiß niemand. Sie wissen ja gar nicht, ob er nicht vielleicht im Herzen U. G. S. Mann ist? (Stimmliche Widerspruch der Unabhängigen.) Der Spruch in Merseburg ist ergangen. Wir haben kein Recht, ihn zu überprüfen. Wir erwarten von Dr. Rabe, daß er bald die Fägel der Regierung wieder ergreift.

Stv. Sosa (Unabh.): Auch ich befenne mich zu dem, die die Bedeutung des Oberbürgermeisters als Verwaltungsbeamten sehr hoch schätzen. Aber das steht hier nicht zu Debatte.

